Dienstag, 10. Dezember 2024, Rotenburg-Bebraer Allgemeine / Lokales

Fraktion will Gutachten zum Klinikum einsehen

UBL/Bürgerherz warnt vor Schuldenfalle

Hersfeld-Rotenburg – Nach der Ankündigung einer neuen Interimsgeschäftsführerin für das Klinikum Hersfeld-Rotenburg – ab Mitte Januar übernimmt Diplom-Betriebswirtin Katja Bittner vorübergehend an der Spitze des Kreiskonzerns – meldet sich nach CDU und AfD auch die Kreistagsfraktion UBL/Bürgerherz zu Wort. Gefordert wird ein zeitnaher Einblick in das sogenannte Weiterentwicklungsgutachten für die Kreistagsmitglieder, „damit die

Kreisgremien ihre Kontrollfunktion wahrnehmen können, denn die Finanzierung des Klinikums läuft mittlerweile völlig aus dem Ruder“.

Die Fraktion will laut Pressemitteilung in der Kreistagssitzung am 16. Dezember – bei der auch die Haushaltseinbringung durch Landrat Torsten Warnecke (SPD) auf dem Programm steht – einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag stellen.

Die Gremien müssten sich ein detailliertes Bild der Lage machen können, bevor weitere Millionenbeträge aus Steuergeld freigegeben werden, schreibt der Fraktionsvorsitzende Tim Schneider in der Mitteilung. Das Gutachten ist eine Überprüfung des im Jahr 2020 eingeschlagenen Klinikum-Kurses, auch mit Blick auf die anstehende Klinik-Reform, und wird erneut von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon erarbeitet. Im Frühjahr werden die Ergebnisse erwartet.

Die Analysten hatten auch den Einsatz einer Interimsgeschäftsführerin angeregt, vermittelt wurde Bittner von einer Gesellschaft, die Curacon und einer Personalberatung gehört. „Beim Einsatz von drei verschiedenen Geschäftsführern im Jahr 2025 als Sofortmaßnahme müssen alle Alarmglocken läuten“, so Schneider. Bereits jetzt würden der Landkreis und seine Städte und Gemeinden geradewegs in die Schuldenfalle getrieben, ohne dass ein Ende in Sicht sei.

Die Fraktion fordert zudem, dass eine Annäherung an die stets verkündete „schwarze Null“ des finanziell angeschlagenen Klinikums „endlich valide nachgewiesen“ wird. Im Jahr 2024 waren rund 40 Millionen Euro Zuschüsse für den Kreiskonzern erforderlich. „Auch mit den Neuerungen der Krankenhausreform ist damit zu rechnen, dass dauerhaft ein zweistelliger Millionenbetrag zugeschossen werden muss, will man das geplante Leistungsspektrum realisieren“, so UBL/Bürgerherz-Mitglied Hans-Jürgen Schülbe.
RED/CIG